

Rechenschaftsbericht Bürgerschaftsfraktion 03/25–03/26

Inhalt

Berichte aus den Fachbereichen – Alphabetisch - (Fachsprecher*innen in Klammern).....	2
Antidiskriminierung (Hila Latifi)	2
Antiziganismus (Hila Latifi)	2
Arbeits- und Sozialpolitik (Olga Fritzsche)	2
Behörden (Xenija Melnik)	3
Bezirke (Marco Hosemann)	3
Denkmalschutz (Marco Hosemann)	3
Erinnerungskultur (Marco Hosemann)	3
Feminismus (Hila Latifi)	3
Flucht und Migration (Carola Ensslen).....	4
Freiwilliges Engagement (Carola Ensslen)	4
Frieden und Europa (David Stoop)	4
Gesundheit (Deniz Celik).....	4
Hafen / Gewerkschaften / Öffentliche Unternehmen (Kay Jäger)	4
Haushalt und Finanzen (David Stoop).....	5
Inklusion (Tom Meyer).....	5
Innenpolitik (Deniz Celik).....	5
Innenpolitik - Fanrechte, Rettungswesen, Brand- & Katastrophenschutz – (Martin Wolter)	5
Integration (Hila Latifi).....	5
Justiz (Jan Libbertz).....	6
Kinder / Jugend (Jan Libbertz)	6
Kita (Tom Meyer)	6
Klima - mit Energie - (Stephan Jersch)	6
Kultur (Marie Kleinert).....	6
Landwirtschaft (Stephan Jersch).....	6
Medien (Marie Kleinert)	7
Militarisierung (David Stoop).....	7
Netz/Digital/Datenschutz (Marie Kleinert).....	7
Queer (Carola Ensslen)	7
Religion (Sabine Ritter)	7
Schule / Bildung (Sabine Ritter)	7
Senior*innen/Pflege (Deniz Celik)	8
Sportpolitik (Martin Wolter).....	8
Stadtentwicklung (Marco Hosemann)	8

Städtepartnerschaften (Marie Kleinert)	8
Technologiepolitik (Xenija Melnik)	8
Tierschutz (Stephan Jersch)	8
Tourismus (Marco Hosemann)	9
Umwelt - mit Nachhaltigkeit- (Stephan Jersch)	9
Verkehr (Heike Sudmann).....	9
Wirtschaft - ohne Arbeit und Hafen- (Xenija Melnik).....	9
Wissenschaft (Sabine Ritter).....	9
Wohnen/Miete (Heike Sudmann)	10
Chronologischer Bericht.....	10
2025	10
2026.....	14

Berichte aus den Fachbereichen – Alphabetisch - (Fachsprecher*innen in Klammern)

Antidiskriminierung (Hila Latifi)

Die gemeldeten Diskriminierungsfälle sind deutlich angestiegen. Seit 2019 haben sich die Fälle mehr als verdreifacht. Besonders betroffen sind Schwarze Menschen, Jüdinnen und Juden, Muslim*innen sowie Sinti*zze und Rom*nja. Studien zeigen, dass Rassismus tief in gesellschaftlichen Strukturen verankert ist, etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Laut dem Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) haben rassistisch markierte Menschen ein erhöhtes Armutsrisiko. Eine große Studie zu staatlichen Institutionen zeigt: Rassismus in Behörden ist meist unsichtbar eingebettet, in Regeln, Routinen und Entscheidungen, und nicht nur Ausdruck individuellen Fehlverhaltens. Unsere Anfrage für Hamburg macht deutlich, dass die Datenerhebung hierzu bislang nicht ausreichend ist. Langfristiges Ziel bleibt ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz nach dem Berliner Modell.

Antiziganismus (Hila Latifi)

Die Antiziganismus-Strategie in Hamburg ist das Ergebnis eines langen politischen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Über viele Jahre hinweg haben insbesondere Selbstorganisationen von Sinti*zze und Rom*nja dafür gekämpft, dass Antiziganismus als strukturelles Problem anerkannt wird. Ein Jahr nach Inkrafttreten der Antiziganismus-Strategie stellen wir eine Große Anfrage zum Stand der Umsetzung. Die Situation der Community hat sich nicht verbessert – im Gegenteil: Antiziganismus nimmt zu, und viele wichtige Projekte sind weiterhin befristet oder von Kürzungen bedroht. Unser zentrales politisches Ziel bleibt daher der Abschluss eines Staatsvertrags, um Rechte, Schutz und Förderung verbindlich und dauerhaft abzusichern.

Arbeits- und Sozialpolitik (Olga Fritzsche)

Seit der Wahl im März 2025 hat die Linksfraktion ihre arbeitsmarkt- und sozialpolitische Arbeit sichtbar ausgeweitet. Im Zentrum standen dabei Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation obdachloser Menschen, etwa Fragen des Hitzeschutzes und des Winternotprogramms. Wichtiger als die bloße Abmilderung der Folgen von Wohnungslosigkeit ist jedoch deren Vermeidung und Überwindung; hierzu hat die Fraktion mehrere Anfragen und Anträge eingebracht. In der Arbeitsmarktpolitik standen insbesondere der Umgang mit Sanktionen, die schwankende Förderung von Vermittlungs- und Bildungsmaßnahmen sowie die schwierige Lage von in den Arbeitsmarkt zugewanderten Menschen im Fokus. Leitend bleibt das Ziel einer sanktionsfreien Mindestsicherung und guter Arbeit für alle von Armut betroffenen Menschen.

Behörden (Xenija Melnik)

Die Hamburger Behörden haben massive Probleme mit der Fluktuation. Ein Problembewusstsein dafür seitens des Senats ist aber nicht gegeben. Personalmangel ist teils der schlechten Bezahlung, teils mangelnder Fortbildungsangebote und veralteter Hierarchiestrukturen geschuldet. Dies wirkt sich erheblich auf die Arbeit der Behörden aus. Im Vergleich zur freien Wirtschaft erfolgt die Digitalisierung der Behörden schleppend. Wir kritisieren, dass die digitalen Möglichkeiten oft

- nicht niedrigschwellig
- alternativlos
- funktionell lückenhaft sind.

Wir fordern eine niedrigschwellige digitale Möglichkeit mit Behörden in Kontakt zu treten – unter Beibehaltung der analogen Formen.

Bezirke (Marco Hosemann)

Bezirkspolitik ist von zentraler Bedeutung, da politische Entscheidungen hier unmittelbar vor Ort spürbar werden – etwa bei der Personalsituation in den Bezirksämtern oder beim Wegfall von Angeboten der sozialen Teilhabe. Vor diesem Hintergrund befassten wir uns insbesondere mit der angespannten Personalsituation in den Bezirksämtern und mit der Finanzierung der Bürgerhäuser. Ein besonderer Erfolg war die Sicherung der Finanzierung des Café Osborn in Zusammenarbeit mit Bezirksfraktion und Stadtteilgruppe. Dem Angriff des Senats auf die ohnehin schon begrenzte Hoheit der Bezirke, indem er das Bezirksverwaltungsgesetz so änderte, dass er Bezirksamtsleitungen zukünftig selbst einsetzen kann, haben wir per Antrag eine Direktwahl von Bezirksamtsleitungen entgegengesetzt. In der Bezirkerunde ging es vor Kurzem um die Kürzungen der SIN-Mittel und mit Blick auf die Haushaltsberatungen wird es weitere Treffen auch zu anderen Themen geben.

Denkmalschutz (Marco Hosemann)

Bei der Auseinandersetzung um die Kühne-Oper geht es auch um die Zukunft der denkmalgeschützten Staatsoper. Der von Kühne vorgeschlagene Abriss zu Gunsten einer Neubebauung ist zwar vom Tisch, trotzdem gibt es berechtigte Sorgen um die Zukunft des Denkmals, weil diese mit der Nachnutzung steht oder fällt. Natürlich hat uns auch die Schiller-Oper auf St. Pauli beschäftigt, die weiter vor sich hin rostet, weil der Senat sich von der Eigentümerin seit Jahren am Nasenring durch die Manege des ehemaligen Zirkusbaus führen lässt. Es gab zwar einen Teilerfolg, der die Sicherung der Metallkonstruktion möglich macht, aber das Areal ist damit noch lange nicht denkmalgerecht und im Sinne des Gemeinwohls entwickelt. Weiter kritisch begleiten werden wir die Entwicklung des denkmalgeschützten Fernsehturms und die geplanten Abrisse der Elbbrücken und der Köhlbrandbrücke.

Erinnerungskultur (Marco Hosemann)

Angemessene Aufarbeitung und Erinnerung an Kolonial- und NS-Verbrechen sowie an rechtsextreme Gewalt nach 1945 sind für den Senat immer noch keine Selbstverständlichkeit. In Sachen Kühne-Oper haben wir auch aus erinnerungspolitischen Gründen zusammen mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis Druck gemacht. SPD und Grüne scheinen nicht aus Fehlern privatisierter Erinnerungskultur wie beim Stadthaus gelernt zu haben und sie am Hannoverschen Bahnhof und beim Lagerhaus G zu wiederholen. Wir werden dort und anderswo weiter für angemessene Erinnerung kämpfen und dafür, dass sie in öffentlicher Hand umgesetzt und auskömmlich finanziert wird. Außerdem beschäftigen wir uns mit dem Thema Raubkunst und „arisierem“ Eigentum, die Umbenennung von Kolonial- und NS-belasteten Straßen-, Platz- und Gebäudenamen sowie die Einführung des 8. Mai als Feiertag der Befreiung vom Faschismus.

Feminismus (Hila Latifi)

Häusliche und partnerschaftliche Gewalt nimmt weiterhin zu und betrifft überwiegend Frauen*. Die Täter stammen meist aus dem direkten sozialen Umfeld, häufig sind es (Ex-)Partner. Das zeigt: Gewalt gegen Frauen ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck struktureller, geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse. Wir haben den Fachbereich Feminismus klar entlang des Wahlprogramms ausgerichtet, mit den Schwerpunkten Gewaltschutz, intersektionaler Feminismus und strukturelle Antidiskriminierung. Ein Fokus lag auf dem Ausbau von Gewaltschutzstrukturen. Dazu haben wir einen Runden Tisch initiiert und gemeinsam mit den autonomen Frauenhäusern die konkrete Lage in Hamburg aufgearbeitet. Das neue Gewalthilfegesetz wird erhebliche

Veränderungen mit sich bringen – diesen Prozess begleiten wir aktiv. Parallel dazu haben wir das Parlament systematisch genutzt, um strukturelle Defizite sichtbar zu machen, etwa durch regelmäßige Anfragen zu Femiziden, die wir gemeinsam mit dem Antifemizide-Netzwerk auswerten. Unser Antrag zur Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle hat eine breite politische Debatte angestoßen. Weitere Themen waren der Schutz vor sexualisierter Gewalt, die Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen, strukturelle Schutzlücken in öffentlichen Einrichtungen sowie Fragen der sexuellen Ausbeutung im Kontext der Jugendhilfe. Im Landesfrauenrat bearbeiten wir aktuell die Themen Parität sowie Sexarbeit.

Flucht und Migration (Carola Ensslen)

Im Zusammenhang mit der Unterstützung der Bewohnendenproteste im Camp Schlachthofstraße haben wir die Forderung nach einer dezentralen, menschenwürdigen Unterbringung erhoben. In der Bürgerschaft haben wir die Abschaffung des Dublin-Zentrums beantragt und diese mit der Forderung nach einem generellen Ende der Abschiebepolitik und der rassistischen Sondergesetzgebung verbunden. Als einzig glaubwürdig migrationspositive Fraktion haben wir an der Vernetzung mit Trägern und Initiativen gearbeitet, haben Anfragen u.a. zur medizinischen Versorgung, zu Kürzungen bei SIN-Mitteln, zum Umgang des Senats mit schwangeren Migrant*innen oder von Gewalt betroffenen Geflüchteten gestellt. Die kommenden Monate werden geprägt sein von den Härten der GEAS-Reform, die im Juni in Kraft tritt. Im September haben wir eine Veranstaltung zum Bezahlkartentausch im Rathaus organisiert. Eine gute Unterbringung, das AsylBLG und die Teilhabe Geflüchteter bleiben zentrale Themen unserer Arbeit.

Freiwilliges Engagement (Carola Ensslen)

(Auch) Freiwilliges Engagement darf nicht vom sozialen Status oder anderen individuellen Merkmalen abhängig sein. Wir haben uns in der Ehrenamts-Szene vernetzt und setzen uns dafür ein, dass finanzielle Kürzungen gerade für kleinere Vereine oder generell für Vereine, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, abgewendet werden. Diese gilt es hingegen zu stärken, ohne dass beim hauptamtlichen Engagement (z.B. im sozialen oder kulturellen Bereich) parallel gekürzt wird.

Frieden und Europa (David Stoop)

Der Gleichschritt von Aufrüstungsbeschlüssen und Kürzungen im Sozialen (im Rahmen der EU wie auch im Bund) wurde von uns immer wieder deutlich gemacht. Die „geistige Zeitenwende“ hat aber noch weitere Folgen: Die Bundeswehr greift über Werbung an Schulen und im öffentlichen Raum immer weiter aus. Über Militärmärsche (z.B. zu Karfreitag) und öffentliche Feste zum Veteranentag zieht der Militarismus immer weitere Kreise, während Rheinmetall seine Präsenz im Hafen ausbaut und immer mehr Betriebe auf Rüstungsproduktion umstellen. Diese Politik des Kriegskyesianismus haben wir in der Bürgerschaft und auf der Straße scharf kritisiert, Anträge zur Rüstungskonversion und Abrüstung gestellt und sind vom Ostermarsch über Aktivitäten gegen den Veteranentag und das Red-Storm-Bravo-Manöver als integraler Teil der Friedensbewegung aufgetreten. Mit zahlreichen Veranstaltungen zu Völkerrecht (Iran, Venezuela, Palästina) und den Folgen von Aufrüstung sowie gegen die drohende Wehrpflicht haben wir unsere Positionen offensiv in die Öffentlichkeit getragen.

Gesundheit (Deniz Celik)

Einer unserer Schwerpunkte war der Kampf gegen die Schließung des Krankenhaus Groß-Sand in Wilhelmsburg und die Sicherung der Versorgung dort. Der Senat hat es nicht nur versäumt, das Krankenhaus in die öffentliche Hand zu überführen (wir haben die Übernahme durch das UKE befürwortet), sondern sich auch nicht um eine Versorgungsplanung für den Fall einer Schließung gekümmert. Ein weiteres großes Thema ist die ungleiche Verteilung der ärztlichen Praxen in der Stadt. Die Unterversorgung von Steilshoop sticht hier besonders hervor: Nach Schließung des investorengestützten Miamedes-MVZ-ist die Situation katastrophal. Wir haben deshalb einen erneuten Antrag für ein städtisches MVZ gestellt.

Hafen / Gewerkschaften / Öffentliche Unternehmen (Kay Jäger)

Der Schwerpunkt unserer hafenpolitischen Arbeit lag auf langfristigen Hafenentwicklungsthemen (z.B. Westerweiterung) sowie auf dem Themenkomplex HHLA/MSC. Im Arbeitsbereich Gewerkschaften standen u.a. der Arbeitsschutz sowie die Arbeitsbedingungen in der Lieferbranche im Fokus, etwa im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung „Ausgeliefert?“ oder der Anträge für eine „Taskforce Lieferdienste“ und für die Einrichtung eines „Fair Work“-Portals. Parallel dazu haben wir die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften und Beschäftigten ausgebaut. Weiter bearbeiten werden wir die ausstehende Novellierung des Hamburger

Vergabegesetzes. Im Bereich der Öffentlichen Unternehmen standen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Mittelpunkt. Die Wahlkreisarbeit war u.a. durch die Abwicklung des Krankenhauses Groß-Sand geprägt.

Haushalt und Finanzen (David Stoop)

Noch vor der Bundestagswahl wurden im Bundestag die Sondermittel für Aufrüstung sowie für Infrastrukturprojekte der Länder verabschiedet. Diese wurden von der Linken scharf kritisiert. Entsprechende Anträge auf Umwidmung der für das Militär vorgesehenen Sondermittel wurden auch von unserer Fraktion in Hamburg eingebracht. Im Herbst 2025 wurden auf Bundesebene Steuersenkungen für Konzerne beschlossen. Gegen unseren energischen Widerstand haben SPD und Grüne der Senkung der Körperschaftssteuer im Bundesrat zugestimmt. Gleichzeitig wurden in Hamburg Mittel für Hochschulen, Jugendangebote und Geflüchtete zusammengestrichen, während für einen Drohnencluster und den Ausbau panzerfester Straßen Gelder bereitgestellt werden sollen. Diese Fehlentwicklung und den Zusammenhang von Aufrüstung und einer Politik der Sozialkürzungen werden wir auch in den anstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2027/2028 zum Kern unserer Oppositionsarbeit machen.

Inklusion (Tom Meyer)

Hier war ein wichtiger Schwerpunkt, das jahrzehntelange Leid der Gehörlosen an den Hamburger Gehörlosenschulen weiter öffentlich zu machen. Zusammen mit SPD, Grünen und CDU haben wir im Juli 2025 geschafft, dass das Unrecht in der Bürgerschaft anerkannt wurde und es neben der Entschuldigung aller Fraktionen und des Senats auch eine Aufarbeitung in Hamburg gibt. Ein Austausch mit dem Gehörlosenverband in Hamburg hat weitere Probleme sichtbar gemacht, wie zum Beispiel die Sozialberatung auf Gebärdensprache, die Unterstützung bei der Wohnungssuche, den Ausbau oder Neubau eines Altenheims für Gehörlose Menschen. Es gibt zwar in Hamburg ein Altenheim für Gehörlose, aber hier gibt es eine lange Warteliste. Daher ist ein Ausbau oder zweites Altenheim dringend nötig. Auch in Sachen Sehbehinderte Menschen und nicht sichtbaren Behinderungen sind wir gerade dabei, neue Projekte aufzubauen. Dazu arbeiten wir aktiv in der LAG Inklusion mit.

Innenpolitik (Deniz Celik)

Im Fachbereich Innenpolitik organisierten wir gemeinsam mit dem Forschungsnetzwerk Sicherheit & Polizei und der Braun-Weißen Fanhilfe eine eintägige Konferenz zur Kritik an der Polizei mit über 100 Teilnehmenden, Workshops, Vorträgen und Podiumsdiskussionen. In der Bürgerschaft setzten wir uns für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens der AfD ein, stießen dabei jedoch auf den Widerstand des Senats. Zum 40. Todestag von Ramazan Avci erinnerten wir im Rathaus an die rassistischen Hintergründe seiner Ermordung und die Fehler bei der staatlichen Verfolgung der Tat. Auch künftig werden wir die Polizeiarbeit kritisch begleiten und für die Demokratisierung der Polizei streiten. Zudem wollen wir die neugegründete LAG Innenpolitik in ihrer Arbeit unterstützen.

Innenpolitik - Fanrechte, Rettungswesen, Brand- & Katastrophenschutz – (Martin Wolter)

Die zunehmende Repression gegen Fußballfans begleiten wir kritisch z.B. mit Anfragen oder bei brisanten Spielen wiederholt auch als Parlamentarische Beobachter*innen. Dieses Themenfeld wird einer unserer Schwerpunkte bleiben. Im September 2025 richteten wir den kritischen Polizeikongress im Hamburger Rathaus mit aus. Mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Hamburger Feuerwehr sind wir im Austausch, um die Strukturen und Arbeitsrechte der Feuerwehren zu stärken. Im kommenden Jahr planen wir zudem, uns für einen verbesserten Katastrophenschutz in der Stadt einzusetzen. Darüber hinaus sitzen wir im Eingabenausschuss sowie in der Hamburger Härtefallkommission.

Integration (Hila Latifi)

Die Kürzungen auf Bundesebene treffen insbesondere integrationspolitische Maßnahmen. Auch in der Fortschreibung des Hamburger Integrationskonzepts wurden Mittel gekürzt, was vor allem Projekte für geflüchtete Kinder und Jugendliche betrifft. Wir haben uns daher einem interfraktionellen Antrag zu den Kürzungen bei Integrationskursen angeschlossen. Darüber hinaus fordern wir eine Neuausrichtung des Integrationskonzepts, das nun seit fast 10 Jahren fortgeschrieben wird. Die gesellschaftlichen und migrationspolitischen Rahmenbedingungen haben sich seitdem erheblich verändert. Für diesen Prozess setzen wir uns intern mit einer kritisch-analytischen und antirassistischen Perspektive und einem Integrationskonzept

auseinander.

Justiz (Jan Libbertz)

Die Fraktion hat sich in der Justizpolitik mit zentralen Fragen von Gerechtigkeit und Teilhabe beschäftigt. Thematisiert wurden die Ausbildungsbedingungen im Jurastudium, etwa Geschlechtsunterschiede bei der Benotung im Staatsexamen sowie lange Wartezeiten auf das Referendariat. Außerdem haben wir uns für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit eingesetzt und die Haftbedingungen in Hamburg kritisch begleitet. Künftig wollen wir die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein voranbringen.

Kinder / Jugend (Jan Libbertz)

Im Bereich Familien-, Kinder- und Jugendpolitik ist unser zentrales Ziel aus unserem Wahlprogramm die KIJU-Karte. Dafür vernetzen wir uns mit Akteur*innen in der gesamten Stadt und klären per Fragebögen Potenziale und Hürden. Kinderfeste machen die Idee sichtbar und sammeln Vorschläge, was für Kinder gratis sein soll. Parallel unterstützen wir Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) kampagnenorientiert mit Besuchen, Social-Media-Videos sowie einer Expert*innen- und Senatsanhörung zur Kritik an der Politik des Senats.

Kita (Tom Meyer)

Im Jahr nach der Wahl haben wir viele Kontakte zu Organisationen und Trägern aufgebaut. Unser größtes Projekt war die Kita Elfenwiese in Harburg. Hier haben wir zusammen mit der Bezirksfraktion Eltern, Erzieher*innen und Mitstreiter*innen bei Demos begleitet. Außerdem haben wir einen Antrag in die Hamburger Bürgerschaft eingebracht zum Erhalt dieser wichtigen Kita. An dem Thema bleiben wir dran und es gibt einen weiteren regen Austausch mit den Akteur*innen. Es sind auch weitere Demos geplant, ein Bündnis zur Rettung der Elfenwiese wurde gegründet, welches wir begleiten und unterstützen werden. Um nah an den Problemen zu bleiben, arbeiten wir in der AG Eltern und Kind mit. Hier planen wir im November 2026 in Steilshoop ein Laternelaufen, um die Sichtbarkeit im Wahlkreis weiter zu erhöhen. Als zweites großes Projekt ist Ende 2025 die Schließung der Praxisausbildungsstätten dazugekommen. Zusammen mit Sabine Ritter und den Harburger Linken versuchen wir hier den Angestellten zur Seite zu stehen. Um sie zu unterstützen ist demnächst ein Antrag in der Bürgerschaft geplant.

Klima - mit Energie - (Stephan Jersch)

Im Zuge des erfolgreichen Hamburger Zukunftsentscheids muss der Hamburger Klimaplan überarbeitet werden. An dieser Stelle war uns die Einbindung der Bevölkerung in diesen Prozess wichtig, weshalb wir zwei Anträge zur Einrichtung eines Bürger*innenrates gestellt haben. Zukünftig wollen wir Anträge zur Umsetzung des Zukunftsentscheids einbringen und sind da u.a. mit der LAG Klimagerechtigkeit im Austausch. Außerdem haben wir Anträge zur Carbon-Managementstrategie des Senats (CCS/CCU) gestellt und zum Rückkauf der Fernwärmenetze, die nicht den Hamburger Energiewerken gehören. In nächster Zeit wird die Auseinandersetzung bezüglich der Bewerbung für die Olympischen Spiele entscheidend sein. Nach Auffassung des Senats kann Hamburg allein durch die Ausrichtung der Spiele bis 2040 klimaneutral werden, außerdem sollen die Spiele klimapositiv sein. Weiterhin wird auch die kommunale Wärmeplanung Thema sein.

Kultur (Marie Kleinert)

Seit der Wahl setzen wir uns entschieden für eine inklusive, barrierefreie Hamburger Kultur ein. Wir stehen in intensivem Austausch mit Akteur*innen der Stadtteilkultur, Bücherhallen, Clubkombinat und Freier Szene, haben Social-Media-Kampagnen, z.B. zu #seeforfree und freien Eintritt in Museen initiiert und den Erhalt des Café Osborn im Bürgerhaus Osdorf unterstützt. Zu unseren Anträgen zählen öffentliche Park-Tanzflächen und die Einführung eines Kulturpasses für Hamburg sowie ein Grundeinkommen für Künstler*innen. Weiterhin planen wir verbindliche Honoraruntergrenzen, Stärkung von Diversität und Teilhabe für alle, Ausbau Kultur&Schule sowie den Schutz von Produktions- und Clubräumen für zugängliche, vielfältige Stadtteilkultur.

Landwirtschaft (Stephan Jersch)

Am Beispiel einer Pferdepension in Rissen, für die ein Milchhof sein Betriebsgelände räumen musste, haben wir erneut deutlich gemacht, dass die Stadt ein modernes Grundstückverkehrsgesetz braucht, um Flächen für die

Landwirtschaft in der Stadt zu erhalten. Weiterhin haben wir eine Große Anfrage mit 75 Fragen zum Thema Landwirtschaft an den Senat gerichtet. Dabei wurde deutlich, dass die Stadt bei der Stärkung der Landwirtschaft insgesamt, besonders auch bei der Förderung des ökologischen Landbaus, nachlegen muss. Ein weiteres Thema, das uns weiterhin begleiten wird, ist die Forderung nach Versorgung mit regionalen Produkten in Kantinen der Stadt, z.B. in Schulen, Kitas und städtischen Betrieben.

Medien (Marie Kleinert)

Seit der Wahl kämpfen wir für eine unabhängige, vielfältige Medienlandschaft. Wir haben mit TIDE/FSK (z.B. auf unserer Veranstaltung „Die Zukunft des freien Radios“) gesprochen, begleiteten den Medienstaatsvertrag kritisch und brachten einen Zusatzantrag zu besseren Arbeitsbedingungen bei Streaming-Diensten ein. Weiter setzten wir uns für die Sicherung der Bürger*innenmedien, die Stärkung von öffentlich-rechtlichen Sendern, Geschlechterquoten im NDR und ethische Prüfungen privater Sender ein.

Militarisierung (David Stoop)

Die Militarisierung hat negative Auswirkungen auf Beschäftigte und Patient*innen. Wir haben dazu anlässlich des NATO-Manövers „Red Storm Bravo“ informiert und die Veranstaltung „Kliniken als Kasernen. Was Militarisierung für Beschäftigte & Patient*innen bedeutet“ organisiert.

Netz/Digital/Datenschutz (Marie Kleinert)

In der Netz-, Digital- und Datenschutzpolitik begleiten wir Hamburgs Digitalisierung kritisch, mit klarem Fokus auf Open Source und digitale Souveränität. Dabei kritisierten wir Risiken von Microsoft-Software in Behörden und forderten stärkere Betroffenenrechte. Wir prüfen den Digitalen Zwilling auf Auswirkungen für Planungsbüros und setzen uns gegen US-Zugriffsrisiken sowie für Transparenz bei KI-Projekten ein. Geplant ist eine Offensive für Open-Source-Angebote, ein landesweites Recht auf Internet mit Zuschüssen zur Teilhabe, klare Regulierungen für Künstliche Intelligenz, Konzepte gegen Desinformation und öffentliche Netzsicherheit. Besonders wichtig ist die Stärkung des Datenschutzbeauftragten, das Verbot biometrischer Gesichtserkennung, keine Predictive-Policing-Software und strikte Begrenzung von Big Data bei der Polizei.

Queer (Carola Ensslen)

Zu unseren Schwerpunktthemen gehörten die Finanzierung eines queeren Familienzentrums und einer Schutzunterkunft für queere Geflüchtete. Wir haben eine Filmvorstellung samt Podiumsdiskussion mit einer Vertreterin des Vereins Queere Familien Hamburg e.V. organisiert. Beim CSD waren wir mit einem eigenen LKW auf der Demo präsent und haben mit der Partei gemeinsam einen großen Stand auf dem CSD-Straßenfest besetzt – der so erfolgreich und gefragt war wie noch nie. Bei der Podiumsdiskussion der queerpolitischen Sprecher*innen im mhC gab es viel Zuspruch für unsere queerpolitischen Positionen. Weiterhin haben wir uns eingesetzt für eine verbesserte Beteiligung älterer Queers durch Sitze im Landessenior*innenbeirat, für die Fortführung des Projekts „Älter werden unterm Regenbogen“, verbesserte queere Pflege sowie die Aufarbeitung des historischen Unrechts an lesbischen Müttern durch Sorgerechtsentzug.

Religion (Sabine Ritter)

In der Religionspolitik lag ein Schwerpunkt auf Vernetzung und Vertrauensbildung mit den religionspolitischen Akteur*innen in Hamburg. In Gesprächen und Austauschformaten konnten bestehende Kontakte vertieft und neue aufgebaut werden. Zudem haben wir die Kampagne zur Einführung eines säkularen Alternativfaches zum „Religionsunterricht für alle“ in den Klassen 1 bis 6 begleitet und unterstützt.

Schule / Bildung (Sabine Ritter)

Die Schulpolitik ist geprägt von der Verwaltung des Status Quo: Hamburg hat sich mit dem Nebeneinander von Stadtteilschulen und Gymnasien eingerichtet; für unser Konzept „Eine Schule für alle“ ist die Stadtgesellschaft gerade kaum erreichbar. Dabei ist Bildungsungerechtigkeit nach wie vor ein zentrales Problem. Das Zwei-Säulen-Modell zementiert die soziale Ungleichheit. Den Stadtteilschulen werden Aufgaben wie Inklusion überlassen – ohne dass sich das in den zugewiesenen Ressourcen spiegelt. Viele Eltern verzweifeln bei der Suche nach geeigneter Schulbegleitung. Entsprechend intensiv sind wir mit Elternverbänden, aber auch mit der Schüler*innenkammer und mit einzelnen Schulen im Gespräch. Regelmäßig im Austausch sind wir zudem mit

bildungspolitisch relevanten Akteur*innen wie der GGG, der GEST, der Eltern- und der Lehrer*innenkammer, dem Fachschaftsrat Lehramtsausbildung, der GEW usw. Derzeit spielt das Thema „Demokratiebildung“ in den bildungspolitischen Diskussionen eine zentrale Rolle. Aber wir engagieren uns nicht nur für die Moral, sondern auch fürs Fressen: Unter Rot-Grün kostet ein reguläres Schulesen mittlerweile mehr als fünf Euro. Nicht einmal eine von uns beantragte Rücknahme der letzten Preiserhöhung ist aus Sicht von Rot-Grün drin. Auch die Lage der Auszubildenden in Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Hamburg ist als Ausbildungsstandort unattraktiver geworden. Eine Ausbildungsumlage, ähnlich wie in Bremen, werden wir erneut beantragen. Die ersatzlose Schließung der Ausbildungs-Kitas lehnen wir ab. Daher haben wir in Zusammenarbeit mit Beschäftigten und Eltern ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung beantragt.

Senior*innen/Pflege (Deniz Celik)

Im Kampf gegen die Altersarmut haben wir ein verbilligtes Deutschlandticket für Senior*innen beantragt. Besorgniserregend ist weiterhin die Lage in der Pflege. Aufgrund von Fachkräftemangel müssen immer mehr Heime schließen. Wir haben deshalb einen Antrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gestellt. Der letzte seniorenpolitischen Empfang war zum Thema „Gute Pflege braucht Alternativen von links!“.

Sportpolitik (Martin Wolter)

Die meiste Energie haben wir im ersten Jahr gegen die drohende Olympia-Bewerbung Hamburgs gesteckt. Parallel befindet sich die LAG Sportpolitik auf unsere Initiative hin in Gründung, in der zukünftig die sportlichen Themen der Stadt politisiert und aus linker Perspektive diskutiert werden sollen. Als kommende Schwerpunkte sind die defizitären Situationen des Schwimm- und Eissports in Hamburg vorgesehen. Egal ob Freizeit- oder Spitzensport: Die Vereinbarung sportlicher Aktivitäten mit dem Alltag unabhängig von individuellen Voraussetzungen ist das Ziel, auf das wir weiter hinarbeiten werden.

Stadtentwicklung (Marco Hosemann)

Hier beschäftigen uns vor allem milliardenschwere Prestigeprojekte wie Elbtower, Kühne-Oper und Olympia. Bevor der Senat den Teilkauf des Elbtowers in der Bürgerschaft durchwinken lassen will, steht eine Akteneinsicht an. Dabei werden wir u.a. Belege dafür suchen, dass der Senat die Unterbringung des Naturkundemuseums an anderen Standorten nicht ergebnisoffen geprüft hat. Auch die Oper von Kühne ist noch lange nicht gebaut: Seine Stiftung prüft gerade die genauen Kosten und kann von dem Vertrag zurücktreten, wenn es zu teuer wird. Außerdem haben wir uns viel mit dem „Bauturbo“ beschäftigt und müssen das auch in den nächsten Jahren tun, weil der Senat die Änderungen des Baugesetzbuches nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung nutzen will, sondern weiterhin nur auf teuren Neubau von Investor*innen setzt.

Städtepartnerschaften (Marie Kleinert)

Für lebendige Städtepartnerschaften kritisierten wir Budgetkürzungen von 530.000 € (2024) auf 368.000 € (2025). Unsere Kleinen Anfragen zu Projekten und Jugendaustauschen fordern mehr Transparenz über Förderkriterien und Beteiligung ein. Weiter intensivierten wir unseren Einsatz für Jugendaustausche und die Einbindung unterrepräsentierter Gruppen – als solidarische Alternative zu restriktiver EU-Förderlogik. Zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg fordern wir, die Brücken zu den Menschen und staatsunabhängigen Akteur*innen aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Technologiepolitik (Xenija Melnik)

Die Welt ist im Wandel, doch allmählich wird erkannt, dass der technologische Fortschritt nicht immer nur positive Folgen hat. Der Hamburger Senat nutzt die technologische Vielfalt, um die Verteidigung zu stärken. So werden besonders Firmen gefördert, die sich mit KI-Verteidigungsmethoden beschäftigen – ohne städtische Kontrollen, ohne Transparenz gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit. Auch begrüßt der Senat die europäische Initiative, den Luftraum für mit Kameras ausgestattete Drohnen zu ergänzen. Wir als Linksfraktion kritisieren diese Fortschrittsgläubigkeit und stellen die Frage, wer vom technologischen Fortschritt tatsächlich profitiert.

Tierschutz (Stephan Jersch)

Dauerthemen im Bereich des Tierschutzes, die immer wieder durch Anfragen durch uns flankiert wurden, sind das marode Tierheim des Hamburger Tierschutzvereins, die Situation der Stadtauben sowie die auch in Hamburg

immer noch stattfindenden Tierversuche. Weitere Themen, die durch uns bewegt wurden, waren der Verkauf von Wildfleisch aus dem Wildgehege Klövensteen, das Imkereiwesen sowie die Rolle des Tierschutzes bei den Olympiaplänen des Senats. Auch dem Thema Wildtiere haben wir uns weiterhin gewidmet, z.B. mussten wir gegen die Schießwut der CDU argumentieren, hierzu haben wir mit einem Antrag gefordert, dass das Konzept Hamburgs zum Umgang mit dem Wolf tiergerecht angepasst wird.

Tourismus (Marco Hosemann)

Hier haben wir bisher größtenteils reagiert: auf Anträge von CDU und Senat zur Förderung des Tourismus und auf Presseanfragen wie die von der Süddeutschen Zeitung zu Kreuzfahrttourismus. Dabei haben wir uns für eine nachhaltige Entwicklung des Tourismus ausgesprochen und vor Übertourismus und seinen Folgen gewarnt: überlastete Infrastruktur und genervte Hamburger*innen, die wachsende Zahl an Ferienwohnungen und der Bau von Hotels statt Wohnungen. Um das Thema in eine breitere Öffentlichkeit zu bringen, planen wir eine Veranstaltung mit Katalin Gennburg, der tourismuspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und betroffenen Hamburger*innen. Außerdem planen wir einen Antrag, mit dem wir Schul- und Jugendgruppen von der Kultur- und Tourismustaxe befreien wollen.

Umwelt - mit Nachhaltigkeit- (Stephan Jersch)

Im Bereich Umwelt ist ein Antrag zur Erhöhung des Anteils von Bannwäldern in Planung. Zudem begleitet uns das Thema Entsiegelung, bei dem die Stadt immer noch auf ein Entsiegelungsprogramm wartet. Stattdessen fordert Hamburg die Stadt Bremen zu einem Wettbewerb in Sachen Abpflastern auf, stattdessen aber die Bezirke nicht mit entsprechenden Personal- und Finanzmitteln aus. Im Bereich Umwelt haben wir außerdem Anträge zu (stillem) Feuerwerk und zur Einführung einer Verpackungssteuer gestellt, die durch einen Austausch mit dem BUND entstanden. Wir haben einen Antrag zur Einrichtung eines Landesklingartenbeirates eingebracht, um das Kleingartenwesen in der Stadt zu stärken. Außerdem beschäftigten wir uns im Rahmen von Anfragen mit den geplanten Infrastrukturmaßnahmen, bei denen die Stadt versucht, bisher stadt-eigene Strom- und Wasserleitungen auf die Kleingartenvereine zu übertragen.

Verkehr (Heike Sudmann)

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Unvermindert streiten wir für mehr ÖPNV, bessere Fuß- und Radwege, Tempo 30 und eine sozialgerechte Mobilität(swende). Bis 2030 sollen alle Hamburger*innen innerhalb von 5 Minuten eine Haltestelle erreichen können – dieses Wahlversprechen von Bürgermeister Tschentscher aus 2019, geschickt täuschend als „Hamburg-Takt“ bezeichnet, fährt gerade gegen die Wand. Statt die Verbesserungen im Busverkehr und im U-Bahn-Takt endlich zu realisieren, gibt es ein Parkplatzmoratorium. Das ist die Mobilitätswende à la SPD. Um die Misserfolge zu kaschieren, wird nun die Olympia-Bewerbung als Heilmittel (bzw. „Booster“) für die großen Verkehrsprojekte hochgehalten.

Wirtschaft - ohne Arbeit und Hafen- (Xenija Melnik)

Die KMU (kleine und mittelständische Unternehmen) verlieren ihren politischen Rückhalt, worauf sich Die Linke konzentrieren will. Wir haben diverse Anfragen an den Senat bezüglich der Corona-Hilfen gestellt. Durch die Rückforderungsbescheide der Corona-Hilfen waren vor allem kleine Unternehmen überfordert, die teils sehr hohen Summen zurückzahlen. Sie belaufen sich auf insgesamt 358 Mio. € in Hamburg. Während der Pandemie waren diese Hilfen oft ihre einzige Einnahmequelle. Wir fordern weiterhin, dass die Stadt hier mehr Unterstützung bieten soll. Vor allem (familiengeführte) Gastronomiebetriebe haben es im Wirtschaftsverkehr schwer. Durch eine Anfrage an den Senat kritisieren wir die behördliche Bürokratie, durch die vor allem kleine Betriebe benachteiligt werden.

Wissenschaft (Sabine Ritter)

Wir kämpfen für eine ausfinanzierte Hochschullandschaft, die Hochschulautonomie überhaupt erst möglich macht. Dazu sind wir in engem Kontakt mit Studierenden, Lehrenden, Mitarbeitenden, Personalräten, mit dem AStA, dem StuPa und weiteren Akteur*innen. An den Hochschulen wird vom Senat derart mit dem Rasenmäher gekürzt, dass die Qualität von Studium und Lehre in Hamburg gefährdet ist: Es steht die Studierbarkeit ganzer Studiengänge auf dem Spiel. Wir haben dazu etliche Anfragen gestellt, haben uns an den Hochschulprotesten aktiv beteiligt, gemeinsam mit dem StuPa und mit TV Stud auch auf Social Media dafür geworben. Wir haben mit den Lehrenden für den Erhalt des Zentrums für Disability Studies (ZediS) gekämpft und diese Auseinandersetzung in die Bürgerschaft getragen. Unabhängig von der Exzellenzinitiative braucht Hamburg ausfinanzierte

Hochschulen, die allen Studierenden gute Studienbedingungen und allen Angestellten gute Arbeitsbedingungen bieten. Die Rechte von studentisch Beschäftigten müssen gestärkt werden, z.B. mit einem Tarifvertrag. Auch hier hinkt Hamburg im bundesweiten Vergleich hinterher.

Wohnen/Miete (Heike Sudmann)

Die Mietwucher-App der Linken setzte den Senat so unter Druck, dass er noch im Februar 2025 einen eigenen Mietenmelder einrichtete und eine Meldestelle versprach, die sich nur darum kümmert. Ein Jahr später ist die Meldestelle mit ursprünglich zwölf Stellen für vier Bezirke auf eine „task force“ mit sechs Stellen für ganz Hamburg geschrumpft. Wohlgermerkt nur auf dem Papier, denn bisher sind die Stellen noch nicht besetzt. Ohne unseren Druck würde es nicht mal diese sechs Stellen geben. Der Senat lässt die Mieter*innen einfach im Regen stehen. Mit unserer Mietenkampagne halten wir in Hamburg und bundesweit dagegen. Gemeinsam mit den Bezirksfraktionen machen wir den Leerstand und die Zweckentfremdung von Wohnungen immer wieder öffentlich.

Chronologischer Bericht

2025

Februar/März

Bei der Bürgerschaftswahl am 2.3. erreicht die Hamburger Linke 11,2 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl am 23.2. hatte sie sogar 14,4 Prozent erreicht.

Die neue Fraktion besteht aus 15 Abgeordneten. Deniz Celik, Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch, David Stoop und Heike Sudmann wurden bestätigt, neu dazu kommen Marco Hosemann, Kay Jäger, Marie Kleinert, Hila Latifi, Jan Libbertz, Xenija Melnik, Thomas Meyer, Sabine Ritter und Martin Wolter. Ausgeschieden sind Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen und Ivy May Müller. Cansu Özdemir wechselt in den Bundestag.

Den neuen Fraktionsvorstand bilden Heike Sudmann und David Stoop (gleichberechtigte Ko-Vorsitzende), Stephan Jersch (Stellvertreter und Parlamentarischer Geschäftsführer) und Xenija Melnik. Stellvertretender Bürgerschaftspräsident wird erneut Deniz Celik.

Kurz vor der Wahl haben SPD und Grüne versprochen, eine Anlaufstelle gegen Mietwucher auf den Weg zu bringen. Anlass ist offenbar die erfolgreiche App der linken Bundestagsgruppe. Ende Januar hatten bereits 13.000 Mieter*innen damit ihre Miete überprüft, 381 Fälle wurden dem Bezirksamt gemeldet.

Ebenfalls kurz vor der Wahl vorgestellt haben wir unsere Idee eines Hauptbahnhofentlastungstunnels, der den Hauptbahnhof mit vier zusätzlichen Bahnsteiggleisen entlasten soll und vergleichsweise kostengünstig und einfach zu realisieren wäre.

Nach mehr als vier Jahren ist der PUA zum Cum-Ex-Skandal zum Abschluss gekommen. Unsere Fraktion hat die Erkenntnisse zum Steuerraub der HSH Nordbank in einem 35-seitigen Bericht zusammengefasst.

Nach der gemeinsamen Abstimmung von CDU und AfD im Bundestag protestieren Hunderttausende Hamburger*innen vor den Parteizentralen von CDU und AfD, Menschenketten, Demo-Diskotheke, "Solidarity Will Win" und gegen die AfD-Wahlkampfveranstaltungen etwa in Harburg. Die Fraktion beteiligt sich an den Protesten.

Die Studie „Demokratiebezogene Einstellungen und Werthaltungen innerhalb der Polizei“ zeigt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter Polizist*innen weit verbreitet ist. Unsere Fraktion erneuert aus diesem Anlass ihre Forderung nach einer unabhängigen Beschwerdestelle und verbindlichen Antirassismus-Schulungen für Polizeikräfte.

In Rahlstedt hat der rot-grüne Senat ein "Dublin-Zentrum" eröffnet, das Abschiebungen erleichtern soll. Eine Anfrage unserer Fraktion zeigt, dass dort entgegen früherer Ankündigungen auch Kinder, Frauen und Erkrankte untergebracht werden sollen. Aus diesem Anlass fordern wir erneut die Schließung des „Dublin-Zentrums“.

Gegen die Festnahme des Istanbuler Bürgermeisters und anderer Oppositioneller in der Türkei gibt es auch in Hamburg Proteste, an der sich unsere Fraktion zusammen mit SPD, Grünen und CDU beteiligt.

April

Drei Wochen lang sammelt "Hamburg Werbefrei" Unterschriften gegen elektronische Produktwerbung auf Hamburgs Straßen. Als einzige Bürgerschaftsfraktion unterstützen wir das Volksbegehren, das mit 50.800 Unterschriften allerdings scheitert. Außerdem reagieren wir auf die Plakatflut bei den zurückliegenden Wahlkämpfen und beantragen, die Zahl der Plakate – ähnlich wie in Ulm oder Stuttgart – durch eine Kontingentlösung zu reduzieren.

Nach siebenwöchigen Verhandlungen haben sich SPD und Grüne auf einen neuen Koalitionsvertrag geeinigt. Wir kritisieren, dass Rot-Grün zu wenig tut, um die soziale Spaltung zu bekämpfen, außerdem die Unterfinanzierung von Bildung, Wissenschaft und der sozialen Infrastruktur.

Eine Anfrage unserer Fraktion zeigt, dass es seit 2020 63 hass- und demokratiefeindliche Vorfälle und Verdachtsfälle von Polizeibediensteten gegeben hat. Von den 43 Strafverfahren wurden bis auf 11 noch laufende bisher alle eingestellt.

Mindestens 21 obdachlose Menschen sind seit Mitte September 2024 auf Hamburgs Straßen gestorben. Hinzu kommen 26 Menschen ohne festen Wohnsitz, die in einem der Hamburger Krankenhäuser verstorben sind. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Anfrage unserer Fraktion hervor.

Panorama (NDR) berichtet über Absackungen rund um die Elbtower-Baustelle, die vor allem die Eisenbahnbrücke betreffen: Demnach wurden bereits 2024 Alarmwerte gerissen, die zu einer Einberufung des Krisenstabs führten. Die Baubehörde hat wegen der Überschreitung von Grenz- und Alarmwerten Kompensationsmaßnahmen gefordert, bevor die Bauarbeiten weitergehen dürfen.

Mai

In der Nacht zum 22. Mai beschmiereten Unbekannte das Stadtteilbüro unseres Abgeordneten Deniz Celik in Dulsberg mit einem Hakenkreuz. Bereits zuvor wurden Plakate zerstört und die Scheiben des Büros bespuckt, wobei unter anderem auf ein Plakat zur Gedenkdemonstration zum Hanau-Anschlag gezielt wurde. Ein breites Bündnis aus dem Stadtteil mobilisierte zu einer Solidaritätskundgebung vor dem Büro.

Nach dem Tod des 21-Jährigen Lorenz A. in Oldenburg durch Polizeischüsse fordern wir in einem Bürgerschaftsantrag, dass vorhandene Bodycams verpflichtend eingeschaltet werden müssen, wenn Polizist*innen Gewalt anwenden.

Bis zu 14.500 ehemalige Pflegekräfte in Hamburg würden zurückkehren, wenn die Arbeitsbedingungen besser wären. In Bremen versucht das Pilotprojekt „Ich pflege wieder, weil...“ sie zu einer Rückkehr in ihren Beruf zu bewegen. In der Bürgerschaft fordern wir ein ähnliches Projekt für Hamburg.

Die Situation im Hamburger Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) ist dramatisch, zeigt eine aktuelle Anfrage unserer Fraktion. Seit Anfang des Jahres gab es demnach 223 gewaltvolle und grenzüberschreitende Vorkommnisse, 155 davon mit Polizeieinsatz. Obwohl der KJND als Kriseneinrichtung nur für einen kurzfristigen Aufenthalt gedacht ist, bleiben manche Kinder dort länger als ein Jahr.

Das Anfang März eingerichtete „Dublin-Zentrum“ in Rahlstedt macht Abschiebungen nicht effizienter, zeigt eine Anfrage unserer Fraktion. 29 von 44 seit März dort untergebrachten Geflüchteten sind dort länger als zwei Wochen untergebracht. In der Bürgerschaft beantragen wir, das „Dublin-Zentrum“ zu schließen und das Gebäude zur Abschaffung der Zeltunterbringung zu nutzen.

Juni

Gemeinsam mit der Schura und den Jusos fordern wir mit einer Demonstration in der Innenstadt ein sofortiges Ende des Krieges in Gaza. Zu den Redner*innen gehört unsere ehemalige Abgeordnete Christiane Schneider.

Hilfen für obdachlose Menschen im Hochsommer fordern wir in einem Bürgerschaftsantrag. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören die kostenlose Ausgabe von Trinkwasser und Sonnenschutz sowie der Zugang zu schattigen Rückzugsorten und Abkühlungsmöglichkeiten.

Eine kommunale Verpackungssteuer nach dem Vorbild Tübingens fordern wir in einem Bürgerschaftsantrag.

Einwegverpackungen sollen auf diese Weise teurer werden und dadurch den Müll reduzieren helfen.

Im Gesundheitsausschuss und in der Bürgerschaft, aber auch mit Aktionen im Stadtteil, engagieren wir uns gegen die Schließung des Krankenhauses Groß-Sand in Wilhelmsburg.

Das Café Osborn 53 im Bürgerhaus Osdorf soll geschlossen werden. Wir helfen Aktivist*innen im Stadtteil, sammeln Unterschriften und stellen in der Bürgerschaft einen Antrag zu Rettung.

Juli

Eine Anfrage unserer Fraktion zeigt, dass die Zahl der per Haftbefehl gesuchten Neonazis in Hamburg besorgniserregend hoch bleibt. Demnach wurden zum Stichtag 31. März 2025 sieben Personen aus dem rechten Spektrum gesucht, darunter zwei wegen Gewaltdelikten.

Bereits 2016 haben SPD und Grüne einen Waldfunktionenplan angekündigt – dass der auch neun Jahre danach noch immer nicht vorliegt, zeigt eine Große Anfrage unserer Fraktion.

Der von der Bundesregierung eingeführte "Job-Turbo" für Geflüchtete ist offenbar ein Flop. Das zeigt eine aktuelle Anfrage unserer Fraktion. Demnach liegt der Anstieg der Personen, die aus dem Bürgergeld in Erwerbsarbeit wechseln, bei gerade mal 0,6 Prozentpunkten.

Auf dem Rathausmarkt begeht die Bundeswehr zum ersten Mal den „Veteranentag“. Wir protestieren dagegen mit dem Hamburger Bündnis gegen Militarisierung und Krieg und melden die zunehmende Militarisierung zum Thema der Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft an.

August

Die Angebote des Hamburger Ferienpasses sind viel zu teuer, zeigt eine Analyse der 561 Angebote durch unsere Fraktion. In Eimsbüttel z.B. sind von 78 Angeboten nur 17 kostenfrei – und wenn es kostenpflichtig wird, geht's gleich richtig ins Geld: In Harburg kosten sie im Durchschnitt 68 Euro.

Die Bekämpfung des Mietwuchers läuft nach wie vor unter ferner liefen, zeigen mehrere aktuelle Anfragen unserer Fraktion. Bislang wurde nicht ein einziges Rechtsverfahren gegen Vermieter*innen eingeleitet. Die im Wahlkampf angekündigte "zentrale Anlaufstelle gegen Mietpreisüberhöhung" gibt es immer noch nicht

Wir beteiligen uns an solidarischen Umtauschaktionen „Bargeld gegen Bezahlkarte“. Bei einem Medientermin in Eimsbüttel stellen wir die Aktion vor und erhalten ein großes Presse-Echo.

Den Mitarbeiter*innen von Lieferando drohen Massenentlassungen und Outsourcing. Wir beteiligen uns an Streik- und Protestaktionen und laden zu einer Veranstaltung den Betriebsratsvorsitzenden und Vertreter*innen der NGG ein.

September

Unser Genosse und Kollege Oscar Whyman stirbt mit nur 22 Jahren. Er, der auf einen Rollstuhl angewiesen war und nur über einen Sprachcomputer kommunizieren konnte, hat uns viel über Inklusion und Diskriminierung beigebracht und die Fraktion auch menschlich sehr bereichert.

In der ganzen Stadt probt die Bundeswehr mit dem Manöver "Red Storm Bravo" den Ernstfall. Wir beteiligen uns an Gegenprotesten, laden zu mehreren Veranstaltungen ein und nehmen als Abgeordnete an der parlamentarischen Kontrolle teil.

In Berlin ruft Die Linke zu einer Demonstration für ein Ende des brutalen Kriegs in Gaza auf. Unsere Abgeordneten David Stoop und Deniz Celik gehörten zu den Hunderttausend Menschen, die demonstrierten.

Als einzige Fraktion in der Bürgerschaft lehnen wir den Bau der Kühne-Oper ab. In einem Antrag fordern wir, dass sich Kühne dazu verpflichtet, die NS-Geschichte seines Unternehmens unabhängig aufarbeiten zu lassen.

In einem Antrag anlässlich des internationalen Tags der Gebärdensprachen fordern wir, die Deutsche Gebärdensprache offiziell als Minderheitensprache anzuerkennen und erhalten große Zustimmung aus der Community.

Auf die Ankündigung der Bundesregierung, den KulturPass für 18-Jährige abzuschaffen, reagieren wir mit einem Bürgerschaftsantrag, der fordert, den KulturPass auf Landesebene fortzuführen.

Zu Beginn des Schuljahres hat die Schulbehörde eine Preiserhöhung für das Schulessen beschlossen – auf bis zu fünf Euro pro Mittagessen. Mit einem Antrag fordern wir die Rücknahme der Preiserhöhung.

Oktober

Am 12. Oktober stimmen 53 Prozent der Wähler*innen beim Zukunftsentscheid mit Ja und verpflichten die Stadt auf diese Weise, bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir hatten das Referendum zuvor kräftig unterstützt. Ein „Ja“ empfahlen wir auch beim Volksentscheid „Hamburg testet Grundeinkommen“, der dagegen bei den Wähler*innen klar durchfiel.

In der Geflüchtetenunterkunft Schlachthofstraße in Harburg berichten Bewohner*innen von Übergriffen der Security und skandalösen Zuständen in der Unterkunft. Wir unterstützen die Proteste und stellen Anfragen zu den rechtlichen Grundlagen der behördlichen Maßnahmen an den Senat.

Eine Anfrage unserer Fraktion zeigt, dass die Altersarmut in Hamburg deutlich angestiegen ist. Das nehmen wir zum Anlass, einen Ortszuschlag von jährlich mindestens 250 Euro für Senior*innen mit Grundsicherung, ein 29-Euro-Seniorenticket und einen Nulltarif im Nahverkehr zu fordern.

Wie der Senat auf einer Pressekonferenz mitteilt, sollen nun doch fast 600 Millionen Euro städtischer Gelder in die Investitionsruine an den Elbbrücken gesteckt werden. Gegenüber den Medien prangern wir den „offenen Wortbruch“ des Bürgermeisters an, außerdem beantragen wir Akteneinsicht.

Die "Stadtbild"-Äußerung von Friedrich Merz treibt tausende Hamburger*innen zu Demonstrationen auf die Straße. Auch unsere Fraktion beteiligt sich an dem Protest.

November

Auf einer Veranstaltung im DGB-Haus diskutieren wir mit Gewerkschafter*innen über die geplante Regelanfrage für Mitarbeiter*innen des Öffentlichen Dienstes und damit eine mögliche Neuauflage der Berufsverbote.

Im Rathaus berichtet die CumEx-Staatsanwältin und Finanzwende-Aktivistin Anne Brorhilker auf einer gut besuchten Veranstaltung unserer Fraktion über ihr Engagement gegen die Finanzkriminalität.

Wegen der Äußerung in einer Pressemitteilung verklagt der Verfassungsschutz unseren Abgeordneten Deniz Celik. Er soll sich verpflichten, nie wieder zu behaupten, dass der VS auch durch den "Schutz rechter Netzwerke" aufgefallen ist. U.a. die Gewerkschaften GEW und ver.di, das Hamburger Bündnis gegen Rechts, DIDF und das Bündnis gegen Berufsverbote solidarisieren sich mit uns. Wir beschließen, der Klage nicht nachzugeben.

Das ZDF will seine Silvestershow von Berlin nach Hamburg verlegen. Dass die Veranstaltung nicht allein durch Ticketeinnahmen und Sponsoring, sondern auch mit Fördergeldern der Stadt finanziert wird, wird von den Veranstalter*innen verschwiegen – wir machen das öffentlich.

Bei der Abstimmung über die Kühne-Oper sind wir die einzige Fraktion, die gegen den 250-Millionen-Deal mit dem Multimilliardär stimmt. Vor der Abstimmung hatten der Arbeitskreis Hamburg Postkolonial, das Netzwerk HafenCity, der AStA der HafenCity Universität, das Gängeviertel und die VVN-BdA noch 10.000 Unterschriften gegen die Kühne-Oper übergeben.

Hamburgs Arbeitsschutzaufsicht ist chronisch unterbesetzt – und weit davon entfernt, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Das zeigt eine Anfrage unserer Fraktion. Demnach steht für die rund 55.000 Betriebe in Hamburg nur eine Handvoll Aufsichtspersonen zur Verfügung – eine einzige ist für 951 Betriebe zuständig.

Fußballfans in ganz Deutschland protestieren gegen die geplanten repressiven Maßnahmen der Innenministerkonferenz – auch die Fanszenen des HSV und des FC St. Pauli sind dabei. Auch wir unterstützen die Proteste der Fans und üben scharfe Kritik an Innensenator Andy Grote, der den Beschluss der Innenministerkonferenz federführend vorangetrieben hat.

Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Hamburg hat zwar ein Gewaltschutzkonzept – doch bis heute fehlen eigene Daten, um Ausmaß, Ursachen und Entwicklungen geschlechtsspezifischer Gewalt verlässlich zu erfassen. In einem Bürgerschaftsantrag fordern wir deshalb ein

Monitoring zu geschlechtsspezifischer Gewalt.

Dezember

Seit der Verbreitung generativer KI stehen viele Kreative unter massivem Druck: Aufträge brechen weg, Honorare sinken, ganze Berufsfelder verändern sich rasant. In einer Rathaus-Veranstaltung setzen wir uns mit der neuen Problematik auseinander.

Unter dem Motto „Nie wieder Wehrpflicht!“ demonstrierten Schüler*innen mit einem Schulstreik gegen die Wiedereinführung von Zwangsdiensten für junge Leute. Wir haben den Protest unterstützt und bereiten Hilfs- und Beratungsangebote vor für alle, die den Wehrdienst verweigern wollen, vor.

Der Verfassungsschutz zieht seine Klage gegen Deniz Celik wieder zurück, nachdem das Gericht zuvor hat durchblicken lassen, dass es sich dagegen entscheiden würde. Wir informieren darüber mit einer Pressekonferenz, fordern eine Sondersitzung des Innenausschusses und den Rücktritt von Verfassungsschutzchef Torsten Voß.

Der Schauspieler, Gewerkschafter und Antifaschist Rolf Becker stirbt im Alter von 90 Jahren. Wir geben mehrere Erklärungen heraus, die sein Lebenswerk würdigen und nehmen auch an seiner Beerdigung teil.

Die Behauptung des Senats, der Bund würde sich an der Finanzierung der Olympia-Bewerbung beteiligen, widerlegen wir mit einer Anfrage, die zeigt, dass die Stadt für ihre 18 Millionen Euro Bewerbungskosten keinen Cent Erstattung bekommt.

2026

Januar

Die Stadt schließt die Forschungsstelle für Disability Studies (ZeDiS) an der Uni Hamburg. Wie auch schon bei der Forschungsstelle Post-Colonial-Studies beteiligen wir uns an den Protesten gegen die Schließung der Forschungseinrichtung.

1.313 Verdachtsfälle auf überhöhte Mieten und Mietwucher wurden seit November 2024 gemeldet, bis heute wurde kein einziger Fall von den Bezirksämtern bearbeitet. Das zeigt eine Anfrage unserer Fraktion.

Nach dem von Banken organisierten Steuerraub durch CumEx und CumCum sind in Hamburg noch mindestens 1,1 Mrd. ausstehender Zahlungen offen, zeigt eine Anfrage unserer Fraktion. Außerdem wurden in diesem Zusammenhang noch keine Bußgelder verhängt.

Mit allen Abgeordneten und Mitarbeiter*innen besuchen wir die KZ-Gedenkstätte Neuengamme – als erste Fraktion überhaupt, wie uns Leiter Oliver von Wrochem erzählt.

Gegen Kürzungen bei der Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg richtet sich eine neue Kampagne, die sich an "Dagobert Dressel" wendet, den Finanzsenator, der das benötigte Geld herausrücken soll.

Die Eskalation der Lage in den kurdischen Gebieten in Syrien und im Iran machen wir zum Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Wir fordern die Solidarität mit den bedrohten Minderheiten und einen Abschiebestopp.

Mehr als 1.700 Fähr-Fahrten von und nach Finkenwerder sind in den vergangenen vier Monaten ausgefallen – 400 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie aus der Senatsantwort auf eine Anfrage unserer Fraktion hervorgeht.

Mehr als jede zehnte Stelle in Hamburgs Bezirksämtern ist nicht besetzt, zeigt die Antwort des Senats auf eine Anfrage unserer Fraktion. Besonders betroffen sind die Fachämter Grundsicherung und Soziales, die Jugendämter sowie das Management des öffentlichen Raums.

Mehr als 6600 Mal wurde Hamburger Haushalten im vergangenen Jahr der Strom gesperrt. Hinzu kommen 67 Gas- und über 800 Wassersperren – das zeigt eine Anfrage unserer Fraktion.

Wer in Hamburg eine Duldung hat und einen Antrag auf die Leistungen für Wohnen, Essen und Krankenversorgung stellt, muss mehr als ein Vierteljahr auf die Zahlung warten, zeigt eine Anfrage unserer Fraktion. Demnach hat sich die Wartezeit seit Februar um 50 Prozent erhöht.

Ein abgestuftes Prüfverfahren für ein AfD-Verbot haben SPD und Grüne in der Bürgerschaft beantragt, auf der

Grundlage der Recherchen des Verfassungsschutzes. In einem eigenen Antrag fordern wir, sich der Bremer Bundesratsinitiative anzuschließen.

Gegen die Schließung der Harburger Integrations-Kita Elfenwiese gibt es massiven Widerstand, an dem auch wir uns beteiligen. In der Bürgerschaft beantragen wir, die Elfenwiese zu erhalten.

Februar

In Schnelsen veranstalten wir unser Winter-Kinderfest „Schnellerbü“ mit Popup-Werkstatt, Häuser schnitzen, Freundschaftsarmbänder knüpfen, Monster basteln u.v.m.

Auf einer Veranstaltung mit dem NDR-Journalisten Stefan Buchen prangern wir die Unterstützung aus Deutschland für die rechtsextreme Netanyahu-Regierung in Israel an.

19.423 Unterschriften sammelt die Initiative NOlympia in nur drei Wochen, und das bei Schnee und Minusgraden. Damit muss eine olympia-kritische Stellungnahme im Referendums-Abstimmungsheft erscheinen.

Der längst versprochene Bau eines NS-Dokumentationszentrums am Hannoverschen Bahnhof in der Hafencity tritt noch immer auf der Stelle, weil es Streit mit dem Investor Harm Müller-Spreer gibt. Wir fordern die Übernahme des Projekts durch die Stadt.

Die Personalnot in der Steuerverwaltung spitzt sich weiter zu, zeigt die Antwort des Senats auf eine Anfrage unserer Fraktion. Demnach sind dort etwa 250 Stellen nicht besetzt – allein bei der Betriebsprüfung fehlen über 150 Fachleute.

Eine Überprüfung des Olympia-Finanzkonzepts durch den unabhängigen Landesrechnungshof fordern wir in einem Bürgerschaftsantrag. Schon 2015 war das so passiert – und hatte für den Senat unbequeme Erkenntnisse geliefert.

März

Zum diesjährigen Matthiae-Mahl im Rathaus sind António Costa, Präsident des Europäischen Rates, und Ex-kanzlerin Angela Merkel die prominentesten Gäste. Wir boykottieren die Veranstaltung wie immer und weisen auf die immensen Kosten für die Steuerzahler*innen hin. Im vergangenen Jahr gingen allein für den Blumenschmuck 16.838,50 Euro drauf.

Der Fernsehturm soll saniert und wiedereröffnet werden. Aus diesem Anlass fordern wir in einem Antrag ein sozial gestaltetes Eintrittspreisssystem für die Aussichtsplattform.

Gegen die von der Bundesregierung angekündigte Kürzung bei Integrationskursen für Geflüchtete gibt es gemeinsamen Widerstand der Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen und Linken. Eine interfraktionelle Initiative fordert den Stopp der Kürzungen.

Mindestens 15-mal wurden Frauen in Hamburg seit Anfang 2025 Opfer eines vollendeten oder versuchten Femizids. In allen Fällen waren die Täter Männer, überwiegend (Ex-)Partner, aber auch Söhne oder Personen aus dem familiären beziehungsweise nahen Umfeld. Das ergeben die Daten einer Anfrage der Linksfraktion.

Die Hasskriminalität in Hamburg hat sich im vergangenen Jahr drastisch zugespitzt, zeigt eine Anfrage unserer Fraktion. Die ganz überwiegende Zahl der Hassstraftaten ist dem rechten Spektrum zuzuordnen.

Eine zentrale Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestages des Mordes an Süleyman Taşköprü durch den NSU fordert ein interfraktioneller Antrag, dem sich außer SPD, CDU und Grüne auch die Linke anschließt.